

Abschlusskundgebung, Berlin, Straße des 17. Juni/Brandenburg

Monty Schädel
Politischer Geschäftsführer der
Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

(Redemanuskript kann von der tatsächlichen Rede abweichen)

Liebe Freundinnen und Freunde,

herzlichen Dank für diese großartige kraftvolle Demonstration.

Seit Jahrzehnten dauert nunmehr schon die kulturelle, soziale und militärische Unterdrückung der sich als Kurdinnen und Kurden verstehenden Menschen in der der Türkei an. Seit Jahrzehnten und mehren Generationen. 10.000-ende Menschen hat es das Leben gekostet. Vielen mehr wurde das Zuhause genommen, sie mussten fliehen. Dr Skandal dabei ist, dass es scheinbar niemanden in der Weltpolitik interessiert und die türkische Regierung über all die lange Zeit großzügige und bereitwillige Unterstützung hier in der deutschen Bundesregierung fand.

Seit Jahrzehnten wird die türkische Regierung mit Waffen und anderen Rüstungsgütern sowie weiterer Militärhilfe unterstützt. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland auch in diesem Krieg Kriegspartei. Damit gilt auch für diesen Krieg: Der Krieg beginnt hier! - Und hier können wir gemeinsam auch schon etwas dagegen tun!

Es gibt aus den letzten Jahren und Jahrzehnten viele Beispiele, dass Kurdinnen und und Kurden und aktive der deutschen Antikriegs- und Friedensbewegung gemeinsam Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik in die Türkei kritisiert und Protest organisiert haben. Denn der Waffen- und Militärexport sind nicht Unterstützungen für das Zusammenleben von Menschen sondern Instrumente für die Unterdrückung und Tötung von Menschen. Dem dürfen wir auch hier nicht tatenlos zusehen. Waffenhandel ist die Vorbereitung und Unterstützung von Mord.

Unsere gemeinsame Forderung muss deshalb lauten: Deutsche Waffen raus aus Kurdistan! Stopp den Waffenhandel! - Überall!

Liebe Freundinnen und Freunde, es hat mich sehr gefreut, dass bei der Einschiffung der deutschen Patriot-Raketenabwehrstaffel über den Hafen Travemünde im Januar 2013 nicht nur die deutsche Friedensbewegung am Hafen stand und protestierte, sondern uns türkische und kurdische Aktivist_innen unterstützten. Wenn deutsche Soldaten in diese Region der Welt zu diesem Zeitpunkt versetzt werden, ist das natürlich eine Unterstützung der türkischen Propaganda und Unterstützung im Krieg in Syrien. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch in diesem Krieg Kriegspartei und es heißt wieder: Der Krieg beginnt hier und hier können wir gemeinsam etwas dagegen tun! Deutsche Soldaten müssen raus aus den Kriegsgebiet und die türkische Unterstützung für die syrischen und internationalen Söldner müssen beendet werden!

Weitere Waffen in Konflikt- und Kriegsgebiete beenden Kriege nicht, sondern heizen sie weiter an.

Die DFG-VK und die deutsche Friedensbewegung begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass die PKK einseitig und ohne Vorbedingungen einen Waffenstillstand erklärt hat und damit sehr deutliche Bereitschaft für ein Ende des Konfliktes mit militärischen Mitteln und für eine Friedensprozess gezeigt hat.

Wir sagen deshalb: Es es Zeit für eine Friedensprozess!

Und wir fordern: Stopp der Waffenlieferung aus der Bundesrepublik und Stopp der militärischen und politischen Unterstützung durch die Bundesregierung!

Durch die Kriminalisierung von politischer Arbeit über den 129 gegen den Krieg in Kurdistan/der Türkei und durch das Verbot der PKK hier in der Bundesrepublik, wird die Bundesrepublik genauso wie durch die Waffenlieferungen und die Militärhilfe zum Handlanger der autoritären türkischen Regierungspolitik.

Wer aber wirklich den Frieden will, darf nicht einen wesentlichen Teil des Friedensprozesses verbieten und in der politischen und kulturellen Arbeit kriminalisieren!

Ich fordere deshalb von der Bundesregierung:

- Unterstützung des Friedensprozess im türkisch-kurdischen Konflikt!
- Druck auf die türkische Regierungsseite für einen beiderseitigen Waffenstillstand!
- Stopp aller Waffenlieferungen sowie jeder direkter und indirekter Militärhilfe!
- Aufhebung des PKK-Verbotes sowie der Kriminalisierung der politischen und kulturellen Betätigung von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik

Liebe Freundinnen und Freunde, seit mehr als einem Jahrzehnt sitzt der Vorsitzende der PKK im türkischen Gefängnis. Die türkische Regierung verhandelt mit und anderen Kurdinnen und Kurden ihm über eine Friedenslösung. Wie glaubhaft und fair ist es denn aber, wenn eine Verhandlungsseite frei und die andere eingesperrt im Knast ist. Um den von der türkischen Seite ausgesprochenen Willen zur Lösung des Konfliktes wirklich glaubhaft zu machen, muss sie Abdullah Öcalan freilassen.

Der Krieg beginnt hier! Stoppen wir ihn hier gemeinsam!

Den Friedensprozess unterstützen! Das PKK-Verbot aufheben! Abdullah Öcalan freilassen!
Hoch die Internationale Solidarität